Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“
erscheint wochentägl. zweimal, Sonntags einmal. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur z. Kreuzband durch d. Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonniert man bei d. Haupt-Expedition, SW. 19, Jerusalemerstr. 46/47, sowie deren Filialen: Leipzigerstr. 103; Potsdamerstr. 33; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Große Frankfurterstr. 33; Petersburgerstr. 2; Mittenwaldberstr. 6; Gneisenaustr. 29; Ackerstr. 32; Wedding, Gerichtstr. 14; Schöneberg, Feurigstr. 12; Charlottenburg, Kantstr. 34; Rudorf, Prinz Handjerystr. 83/84
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt“ u. „Handels-Zeitung“, sowie das illustr. Wochenblatt „ULK“, die humorist. Montags-Ausg. „Zeitgeist“, die „Technische Rundschau“, der illustr. Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ und „Haus-Hof-Garten“ durch die Post bezog. vierteljährlich 6 M., Ausland entsp. Postaufschlag; für Berlin bei d. Hauptexped. monatl. 2 M., vierteljährl. 6 M. Direkt unter Kreuzbd. vierteljährl.: für's Ausland 18 M., für's Inland 14 M. Inserate Zeile 60 Pf., (General-Anzeiger 30 Pf.) werden i. d. Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/47, sowie bei: Filialen: Leipzigerstr. 103, Ecke Friedrichstr.; Potsdamerstr. 33; Königstraße 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Gr. Frankfurterstraße 33, Charlottenburg, Kantstr. 34; Rudorf, Pr. Handjerystr. 83/84 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 237. Berlin, Freitag, den 11. Mai 1906. XXXV. Jahrgang.

Hierzu die Wochen-Beilage „ULK“ No. 19.

Ramschprodukte.

„Nulla dies sine linea“ nahmen die fleißigen Scholaren des Mittelalters zu ihrem Motto; sie hielten jeden Tag für verloren, an dem sie nicht ein paar Blätter Pergament beschrieben hatten. „Kein Tag ohne eine neue Reichssteuer!“ sagt die Mehrheit des deutschen Reichstages von heute. Es kommt ihr gar nicht mehr darauf an, ob ein Gesetz gut oder schlecht ist; die Hauptsache ist, daß es mit der Arbeit so schnell wie möglich geht. Die Fixigkeit hat einen bedingungslosen Sieg davongetragen; jeder Abgeordnete, der noch etwas an den Beschlüssen der Steuerkommission zu ändern wünscht, erscheint von vornherein im Lichte eines unliebsamen Störenfriedes, den man möglichst grob in seine Schranken zurückweisen muß, auf den man jedenfalls nicht hören darf.

Ueberhaupt, so meint die steuerfrohe Mehrheit, soll man doch nicht immer nörgeln und opponieren. Oder, wie es Abgeordneter Büsing am Dienstag ausdrückte: „Wenn die Herren der Linken für ihre Anträge keine Mehrheit finden und sich doch aufrecht erhalten, so beweisen sie damit nur, daß sie nicht ernstlich an der Reichsfinanzreform mitarbeiten wollen.“ Also wer nicht in der Mehrheit ist oder sich ihr anschließt, der ist ein Schädling. Das ist die Atmosphäre, in der einst die Zollmehrheit den neuen Zolltarif gegen die Linke durchdrückte. Jetzt macht sich wirklich in einer ähnlichen Situation eine ähnliche Stimmung geltend; man hört gar nicht mehr darauf, was die Opposition zu sagen hat; man macht noch viel weniger den Versuch, sie zu widerlegen. Wer nicht mit uns ist, der ist wider uns; von diesem Grundsatze aus läßt man die Minderheit, die man ja leider nicht totmachen kann, reden, um sie dann durch die Wucht der Zahl abzutun. Wäre der Artikel 28 der Verfassung schon beseitigt, wie ihn die Mehrheit trotz ihrer Beschlüsse zur Diätenvorlage zweifellos noch beseitigen wird, so hätte man schon längst mit Schlußanträgen gearbeitet. Denn der Reichstag ist zwar beschlußfähig und könnte eine Kraftprobe wagen, aber bei der gegenwärtigen Geschäftsordnung macht diese Vergewaltigung so viel Scherereien, daß sie sich nicht lohnt. Also wartet man, bis der oppositionelle Redestrom versiegt, um dann unter den Willen der reaktionären Steuermehrheit das Siegel zu drücken.

Dabei ist die Steuermehrheit keineswegs von dem in der Steuerkommission zusammengebrauten Trank befriedigt. Sie mußte schon mehr als einmal die dort gefaßten Beschlüsse umstoßen. Als es die Kilometerzuschläge zu den Personentarifen galt, da verschloß man sich sogar nicht der Erkenntnis, eine große Dummheit gemacht zu haben. Aber hastig was hastig vertauschte man die unbrauchbaren Kilometerzuschläge mit der Stempelskala auf Fahrkarten, die genau so unbrauchbar ist wie das Kommissionsprodukt. Die Hauptsache ist, daß das Geld im Kasten klingt, wobei es gar nicht darauf ankommt, ob seine Herkunft bedenklich ist. Die Zigarettensteuer wurde sogar in zweiter Lesung angenommen, obgleich die Mehrheit selbst nicht an sie glaubte. Vermutlich wird sie in der dritten Lesung abermals eine neue Gestalt erhalten. Aber das ist unter Kameraden ganz egal, wenn nur die verbündeten Regierungen die Gnade haben, die Steuervorlagen der Reichstagsmehrheit zu akzeptieren.

Man müßte sich schlecht auf die Psychologie des Reichstages verstehen, wollte man verkennen, wie stark die Diäten in die Steuerdebatte ihre Schatten hineinwerfen. Natürlich kann nicht davon die Rede sein, daß die Reichsboten sich durch die kommenden Diäten in ihrer sachlichen Haltung beeinflussen lassen. Aber sie zeigen jetzt, wo als Belohnung die 2500 Mark Abschlagszahlung winken, einen Eifer, den man bisher an ihnen vermißte; sie haben auch eine früher nicht gewohnte Eile, zum Abschluß zu kommen. Bis zum Pfingstfest, vielleicht schon bis zur Himmelfahrt, will man alles fertig haben, um den Mauern der Großstadt entfliehen zu können, und deshalb arbeitet man jetzt mit Hochdruck.

So hat man die Biersteuer angenommen, obwohl es auf der Hand liegt, daß der Konsument die Zeche bezahlen muß; so hat man sich für die Banderolensteuer für Zigaretten entschieden, die jetzt selbst der Steuermehrheit schon verdächtig geworden ist. Noch summarischer verfuhr man mit den Stempelsteuern, einem Konglomerat von allerlei Steuerschrauben, die unter sich so gut wie gar keine Berührungspunkte haben. Genug, daß die Frachturkundensteuer, die Automobilsteuer, die Fahrkartensteuer und nicht zuletzt die Tantiemesteuer glücklich alle parlamentarischen Klippen umschifften.

Gerade die letzte von ihnen, die Tantiemesteuer, bedeutet vielleicht das stärkste Stück des mißduftenden Straußes, den die Steuermehrheit der steuerzahlenden Masse gewunden hat. Denn hier ist offenbar ein Gesetz ab irato gemacht worden; man besteuert die Tantiemen nicht aus einem Gefühl der ausgleichenden Gerechtigkeit heraus, sondern weil die Masse nun einmal nicht in die Lage kommen kann, lukrative Aufsichtsratsstellen zu erhalten. Und trotzdem ist es vielleicht nirgends so deutlich wie in diesem Falle, daß die steuerliche Uebertreibung zuletzt nur den Freunden einer wirklich gerechten Steuerpolitik zugute kommt. Denn an diesem Punkte ist zum ersten Male — und sicherlich noch zweifelloser als bei der Erbschaftssteuer — durch die Tat gezeigt worden, daß das Reich vor der direkten Besteuerung nicht Halt zu machen hat. Die Tantiemesteuer, so ungerecht sie sein mag, ist eine direkte Reichssteuer, und deshalb heißen wir sie willkommen. Sie wird die Mitrailleuse sein, um die Gasse für eine direkte Reichseinkommensteuer und direkte Reichsvermögenssteuer freizumachen.

Gestern wurde im Reichstage den bisherigen Beschlüssen der Steuermehrheit noch die Reichserbschaftssteuer hinzugefügt. Denn wenn auch die Beratung einiger Paragraphen der Vorlage noch aussteht, so ist doch auch über diese Vorlage die Entscheidung mit der Abstimmung über den § 12 grundsätzlich gefallen. Dieser Paragraph wurde mit der großen Mehrheit von 210 Stimmen gegen 40 Abgeordnete, die ihn ablehnten und 8 Abgeordnete, die sich der Stimme enthielten, in der Kommissionsfassung angenommen. Die Mehrheit wäre also, da der Reichstag 397 Abgeordnete zählt, für sich allein ausreichend gewesen, um auch nach den Grundsätzen der Verfassung der Reichserbschaftssteuer zur Annahme zu verhelfen. Auch in diesem Falle darf man es begrüßen, daß unter der Spreu der neuen Reichssteuergesetze sich wenigstens einige keimkräftige Körner befinden, die auf eine bessere Zukunftssaat hoffen lassen.

Allerdings wurde auch bei der Reichserbschaftssteuer von der Mehrheit jede Verbesserung rundweg abgelehnt. Nachdem der Reichsschatzsekretär Freiherr v. Stengel kurz und bündig erklärt hatte, daß der sozialdemokratische Antrag, der die Besteuerung von Descendenten und Ehegatten zum Ziele hatte, auf den Beifall der verbündeten Regierungen nicht zu rechnen habe, war sein Schicksal besiegelt. Ebenso konnte der Antrag des Abgeordneten v. Gerlach, eine Nachlaßsteuer zu erheben, keine Gegenliebe finden. Er war zwar ursprünglich vom Zentrum ausgegangen, aber da er unbequem war, so wurde er rundweg verleugnet. Ja, selbst der freisinnige Abgeordnete Wiemer kam zu seiner Ablehnung. Nachdem dann noch einige Außenseiter zu Worte gekommen waren, und nachdem Abgeordneter Dietrich (konservativ) auseinandergesetzt hatte, daß ein Teil der Konservativen seinen Widerspruch gegen die Reichserbschaftssteuer fallen gelassen habe, genügte es, daß Abgeordneter Spahn dem Reichstage den Kopf zurecht rückte, um die Vorlage nach den Vorschlägen der Kommission zur Annahme gelangen zu lassen. Wenn alles gut geht, dann wird noch in dieser Woche nicht bloß die Reichserbschaftssteuervorlage, sondern auch das sogenannte Mantelgesetz verabschiedet werden können.

Die Reichsfinanzreform ist dann im wesentlichen fertig, da die dritte Lesung, vom Zigarettensteuergesetz abgesehen, kaum noch wesentliche Aenderungen bringen wird. Die verbündeten Regierungen haben damit mehr erreicht, als sie wohl selbst zu hoffen wagten. Was der Sturm in den höheren Regionen nicht vermochte, das hat die Diätensonne zustande gebracht, den Reichstag willfährig zu machen. Leider läßt die Reform der Reichsfinanzen, wenn man sie nicht bloß mit dem Auge eines Kalkulators ansieht, so gut wie alles zu wünschen übrig. Aber niemand kann aus seiner Haut heraus. Die Vorbedingung einer wirklichen Finanzreform ist ein besserer Reichstag; es ist Sache der Wähler, ihn zu schaffen.

---

* In Ergänzung seiner in der gestrigen Abendausgabe veröffentlichten Ausführungen über die **deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen** weist Geheimer Kommerzienrat Goldberger in einer Zuschrift an uns noch darauf hin, daß es vielleicht strittig sein könnte, ob zu einer außerordentlichen Session des Kongresses nach dem März 1907 der alte oder im Herbst 1906 zu erneuernde Kongreß einzuberufen sei. Nach der Verfassung der Vereinigten Staaten und nach den Zusätzen zur Verfassung muß diese Frage unentschieden bleiben, zumal die Verfassung weder den Anfangs- noch den Schlußtermin der Amtsdauer des Kongresses genau festlegt. Bryce in seinem Standardwerk „The American Commonwealth“ und andere Historiker und Staatsrechtslehrer vertreten die Ansicht, daß der Präsident im Uebergangsjahr aus praktischen Gründen überhaupt von der Einberufung einer außerordentlichen Session zwischen März und Dezember absehen sollte.

Unter allen Umständen stehen stets hinter den amtierenden Kongreßmitgliedern ein volles Jahr lang die Kongreßmitglieder der kommenden Periode, so daß es theoretisch möglich und praktisch auch schon dagewesen ist, daß bei einem Umschwung in der öffentlichen Meinung das Land bereits Männer einer neuen Richtung gewählt hat, während Männer der alten Richtung noch für geraume Zeit die Legislative in Händen hatten. Es ist aber in hohem Maße zweifelhaft, ob das Kongreßmandat schon nach dem Schluß der zweiten ordentlichen Session (in unserem Falle also im März 1907) als erloschen gelten darf, oder ob man nicht seine volle zweijährige Dauer vom ersten Zusammentreten des Kongresses an, das heißt also vom ersten Montag des Dezembers 1905, anerkennen muß.

Die Eröffnung der Reichsduma.

Ueber die Feierlichkeiten bei der Eröffnung der Reichsduma, die gestern stattfand, berichtet der Telegraph aus Petersburg:

Bereits um zehn Uhr früh traf das Zarenpaar von Peterhof in Petersburg ein und begab sich von der Anlegestelle gegenüber dem Winterpalais zu Fuß in den Palast. Die umliegenden Stadtteile waren stark mit Truppen, die Paradeanzug trugen, besetzt, jedoch war der ordentliche Verkehr nur wenig behindert und bewegte sich in normalen Bahnen. Vor dem Winterpalais waren Abteilungen mehrerer Garde-Kavallerieregimenter aufgestellt. Von 12 Uhr ab begann der mächtige, ganz in weißem Marmor gehaltene Georgssaal sich zu füllen. Zunächst erschienen die Senatoren, die Generalität, die Hofstaaten, die Chefs der diplomatischen Missionen und der Reichsrat. Zuletzt betraten die Deputierten den Saal. Sie trugen die Trachten aller Teile des Reiches und aller Stände. Kurz vor 2 Uhr ertönte aus den Vorräumen die Nationalhymne; unter großem Vortritt erschienen die Majestäten, zuerst der Zar allein, hierauf die Zarin, die Zarin-Witwe und die Großfürsten.

Vor dem in der Mitte des Saales aufgestellten Altar küßte das Zarenpaar das Kreuz, worauf unter Leitung der Metropoliten von Petersburg, Moskau und Kiew und unter Mitwirkung des Hofsängerchors eine Andacht abgehalten wurde. Sodann bestieg der Zar den Thron, während die Zarinnen, umgeben von sämtlichen Großfürsten und Großfürstinnen, seitwärts Platz nahmen.

Der Kaiser verlas nunmehr mit lauter Stimme eine kurze

Begrüßungsrede,

in der er seinen Wünschen für das Glück seines Volkes und eine erfolgreiche Arbeit der Duma Ausdruck gab. Die Rede hatte folgenden Wortlaut:

„Die durch die göttliche Vorsehung mir übertragene Fürsorge für das Wohl des Vaterlandes hat mich bewogen, vom Volke Erwählte zur Mitarbeit an den gesetzgeberischen Arbeiten zu berufen. Mit flammendem Glauben an eine heitere Zukunft Rußlands begrüße ich in Ihnen die besten Männer, welche zu wählen ich meinen geliebten Untertanen befohlen habe. Schwere und komplizierte Arbeiten stehen Ihnen bevor. Ich glaube, die Liebe zur Heimat und ein heißer Wunsch werden Sie beseelen und werden Sie einigen. Ich aber werde die von mir gewährten Institutionen unerschütterlich bewahren mit der festen Ueberzeugung, daß Sie alle Kräfte für den aufopfernden Dienst für das Vaterland verwenden werden, zur Klarstellung der Bedürfnisse der meinem Herzen nahestehenden Bauernschaft, der Aufklärung des Volkes und der Entwickelung seines Wohlstandes, eingedenk dessen, daß für die Größe und das Wohlergehen des Staates nicht nur Freiheit nötig ist, sondern auch Ordnung auf der Grundlage des Rechtes. Mögen sich meine heißen Wünsche erfüllen, mein Volk glücklich zu sehen und meinem Sohne einen festen, wohlgeordneten, aufgeklärten Staat als Erbe zu hinterlassen. Gott segne die mir im Verein mit dem Reichsrate und der Duma bevorstehende Arbeit; möge dieser Tag eine Verjüngung des Russenlandes in moralischer Hinsicht und eine Wiedergeburt seiner besten Kräfte bedeuten. Gehen Sie an die Arbeit, zu der ich Sie berufen habe, und rechtfertigen Sie würdig das Vertrauen des Zaren und des Volkes! Gott helfe mir und Ihnen!“

Die Worte des Zaren wurden von der Versammlung mit donnernden, langandauernden Hurras beantwortet. Während das Zarenpaar in derselben Ordnung wie zuvor, diesmal auch von den Großfürstinnen gefolgt, den Saal nach dem Ausgang hin durchschritt, fiel die Kapelle des Preobraschenski-Regiments mit der Nationalhymne ein. Die Dumaabgeordneten begaben sich nach Schluß der Feier nach dem Taurischen Palais, um sich dort in der Eröffnungssitzung zu konstituieren.

Ueber den Verlauf der ersten Dumasitzung wird gemeldet:

Die erste Sitzung der Duma wurde vom Staatssekretär v. Frisch mit einer Rede eröffnet, in der er darauf hinwies, daß die gewählten Volksvertreter, welche zu begrüßen ihm die Ehre zufalle, durch das Grundgesetz über die Errichtung der Duma volle Möglichkeit erhalten zur Einbürgerung der Gesetzmäßigkeit unerschütterlicher gesetzlicher Ordnung. Die Abgeordneten seien in der glücklichen Lage, in voller Oeffentlichkeit und Freiheit des Wortes arbeiten zu können. Jedes ihrer Worte werde durch die Presse im Lande verbreitet, welches die Tätigkeit der Abgeordneten aufmerksam verfolge. Mit dem Wunsche, daß die Arbeiten der Duma einen glücklichen Verlauf nehmen mögen, erklärte der Staatssekretär die Duma für eröffnet. Darauf forderte er das Haus auf, die Eidesformel, die zur Verlesung gelangte, zu unterzeichnen und zur Wahl des Präsidenten zu schreiten.

Die Duma wählte auf den Vorschlag des Staatssekretärs v. Frisch ohne namentliche Abstimmung den Moskauer Professor Morowzew zum Präsidenten. Derselbe richtete eine Ansprache an das Haus.

* * *

Die Stimmung in Petersburg.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

✕ **Petersburg,** 10. Mai.

Gegen mittag nahm das Straßenleben im Zentrum zu, obgleich der Handwerker und der einfache Mann in der Menge überwog. Viele von ihnen wandelten mit kleinen papierenen Nationalfähnchen einher und bewunderten die Ausschmückung der Straßen in allen Stadtteilen, die allerdings mehr als bescheiden war. Dafür war ein gewaltiges Polizei- und Militäraufgebot aufgeboten, das in einzelnen Straßen die Passanten an Zahl überstraf. Die meisten Läden waren geöffnet, ebenso arbeiteten alle Fabriken, weil die Arbeiter aus